

Antrag 142/I/2022**AG Migration und Vielfalt LDK****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Annahme (Konsens)****Sicherstellung der Online-Verifizierung für Menschen aller Nationalitäten**

1 Zahlreiche Dienste in der Bundesrepublik Deutschland,
2 die online beantragt werden, setzen in den meisten Fäl-
3 len eine Verifizierung der Person durch ein entsprechen-
4 des Ausweisdokument auch online voraus. Das kann ent-
5 weder zur Authentifizierung der antragsstellenden Per-
6 son oder zur Altersverifizierung gefordert werden. Einige
7 Dienste sind z.B. die Online-Beantragung eines Kredites,
8 das Abschließen eines Abonnements für eine (Online)Zei-
9 tung, etc. Jedoch haben nicht alle in Deutschland lebende
10 Menschen die Möglichkeit, diese Onlinedienste wahrzu-
11 nehmen, da ihr Ausweisdokument von den Onlineverifi-
12 zierungsanbietern nicht (an-)erkannt wird. Das führt nicht
13 nur dazu, dass sie von den Vorteilen digitaler Leistun-
14 gen ausgeschlossen werden, sondern auch, dass sie an re-
15 duzierten Preisen nur aufgrund ihres Ausweisdokuments
16 nicht teilhaben können. Deswegen fordern wir, dass die
17 bundesweite Prüfung von Ausweisdokumenten betroffe-
18 ner Länder zum Zwecke der Onlineverifizierung gewähr-
19 leistet wird.

20

21 Zusätzlich soll die Zulassung von Aufenthaltstiteln für die
22 online-Verifizierung wohlwollend geprüft werden.

23

24 Inhaltliche Begründung:

25 Rund ein Viertel der Bevölkerung in Deutschland besteht
26 aus Menschen mit internationaler Geschichte (Menschen
27 mit sog. Migrationshintergrund). Etwa 11,8 Millionen sind
28 Menschen mit Migrationsbiografie, die bis dato keine
29 deutsche Staatsangehörigkeit besitzen. Diese Menschen
30 sind Teil der Gesellschaft, die dieselben Pflichten (z.B. Zah-
31 len von Steuern) wie deutsche Staatsbürger*Innen erfül-
32 len. Dennoch werden sie von der gesellschaftlichen Teilha-
33 be aufgrund ihres Ausweisdokumentes systematisch be-
34 nachteiligt bzw. ausgeschlossen. Das widerspricht unse-
35 rem Grundgesetz. Wir fordern daher, dass sich die SPD ge-
36 gen diese Benachteiligung von Menschen aufgrund von
37 „Herkunft“ als Ausschlusskriterium einsetzt.